

Niederschrift

zur Sitzung des Ausschusses für Bauen, Ordnung und Umwelt

Die Sitzung findet gem. § 4 i.V.m. § 5 BbgKomNotV als Präsenzsitzung in Form einer Hybridsitzung statt. am Mittwoch, den 13.01.2021, um 17:00 Uhr im Atrium des Landratsamtes, Haus B, Breitscheidstraße 7 in 15848 Beeskow Aufgrund des Abstandsgebotes steht im

Sitzungsraum nur eine begrenzte Zahl an Plätzen zur Verfügung. Interessierte BürgerInnen werden aufgefordert, ihre Teilnahme beim Kreistagsbüro bis 3 Tage vorher anzumelden.

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr Sitzungsende: 20:18 Uhr

Es waren anwesend: siehe Anlage 1

Folgende Tagesordnung wird bestätigt und danach verfahren

I. Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
:
2. Bestätigung der Tagesordnung
:
3. Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 11.11.2020
:
4. Information aus der Kreisverwaltung und Anfragen
:
5. Bericht des Kreisbrandmeisters
:
6. Grundsatz- und Baubeschluss für den Neubau einer modularen Doppelarztpraxis in Friedland VA: Dezernat III/Amt 65
Beschlussvorlage: 001/2021
7. Naturschutz-Förderrichtlinie für Baum-Naturdenkmale und Alleen VA: Dezernat III/Amt 67
Beschlussvorlage: 002/2021
8. Neufassung der Geschäftsordnung des Kreistages Oder-Spree
Beschlussvorlage: 042/2020
9. Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung des Kreistages Oder-Spree "Rederecht der Abgeordneten zum Rechenschaftsbericht des Landrates"
Antrag: 10/AfD/2020
10. Ergänzung der Geschäftsordnung des Kreistags
Antrag: 12/BVB/Fr Wähler/20
11. Vorbereitung der nächsten Sitzung
:

I. Öffentlicher Teil:

Zu TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Herr Schneider begrüßte die Anwesenden.

Die Sitzung fand als Hybridsitzung statt.

Per Video waren die Ausschussmitglieder Herr Kaufmann, Herr Dr. Mernitz, Frau Meyer, Herr Noack, Herr Wende und Herr Kramer zugeschaltet, Herr Buhrke und Herr Schulze aus dem FKTZ, Herr Gehm, Herr Driebusch und Herr Schulze vom Umweltamt, Frau Teltewskaja, Herr Fuls sowie Frau Hehemann und Herr vom Wedemeyer vom Ingenieurbüro.

Die Beschlussfähigkeit war gegeben.

Herr Winkler, SGL EDV, gab kurze Erläuterungen zur Handhabung der Videokonferenz.

Zu den Abstimmungen erläuterte Herr Schneider, dass diese wie eine namentliche Abstimmung erfolgt, im Protokoll wird aber dann nur das Ergebnis verzeichnet.

Frau Kaethner versicherte, über ein ärztliches Attest zur Maskenbefreiung zu verfügen

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Herr Schneider wies darauf hin, dass zum TOP 3 die Ergänzung erfolgt hinsichtlich der Bestätigung des Protokolls vom 09.09.2020.

Änderungen zur Tagesordnung gab es keine.

einstimmig zugestimmt

Ja 9

Zu TOP 3 Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 11.11.2020

Zu den Protokollen vom 09.09.2020 und 11.11.2020 wurden keine Änderungen eingereicht.

Frau Meyer fragte nach, ob die von Frau Kaethner angesprochenen Änderungen eingearbeitet wurden.

Herr Schneider antwortete, dass Ergänzungen vorgenommen wurden und im jetzt vorliegenden Protokoll enthalten sind.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 4 Information aus der Kreisverwaltung und Anfragen

Herr Gehm gab zu diesem TOP kurze Informationen.

In der Zulassungsstelle werden für Händler und Zulassungsdienste die Anträge tagesaktuell abgearbeitet. Die Terminvergabe erfolgt mit 2 bis 3 Wochen Vorlaufzeit.

Im Zusammenhang mit Corona und der ASP sind Mitarbeiter mit Sonderaufgaben gebunden. Dadurch kann es zu längeren Bearbeitungszeiten in den Ämtern kommen bzw. einzelne Aufgabenbereiche werden nicht bearbeitet.

Im Dezernat III waren insgesamt 17 Mitarbeiter an Corona erkrankt, davon sind zwischenzeitlich 15 genesen, pro erkrankten Mitarbeiter ist mit 2-3 Mitarbeitern zu rechnen, die sich in Quarantäne begeben müssen – dies nur als Beispiel für Einschränkungen in der Arbeitsfähigkeit.

In den meisten Ämtern gibt es eine hohe Quote an Homeoffice bzw. erfolgen räumliche Trennungen der Mitarbeiter.

Frau Teltewskaja meldete sich noch zu Wort. Auch in ihrem Bereich gab es coronabedingte Ausfälle. Für die Bewältigung von Aufgaben im Zusammenhang mit der ASP wurden Mitarbeiter aus anderen Bereichen der Kreisverwaltung herangezogen.

Herr Buhrke fügte noch hinzu, dass auch aus dem Dezernat II Mitarbeiter abgeordnet wurden an das Gesundheitsamt zur Kontaktverfolgung und zu Aufgaben im Rahmen der ASP und damit die Arbeitsorganisation im Dezernat angepasst werden musste und auch Arbeiten eingeschränkt wurden.

Frau Kaethner kritisiert die Durchführung der Sitzung in dieser Form. Sie sieht darin eine Einschränkung des Mitwirkungsrechtes. Sollten sich Ausschussmitglieder krank fühlen, sollten sie doch mit einem entsprechenden Attest einen Vertreter für die Ausschusssitzung benennen. Ebenso kritisiert Frau Kaethner Einschränkungen bei der Wahrung der Öffentlichkeit der Sitzung. Frau Kaethner plädierte für Präsenztagungen mit Anwesenheit der Ausschussmitglieder und Vertretern der Verwaltung. Sollte keine Abhilfe geschaffen werden, wird sie sich auf höheren Ebenen beschweren. Frau Kaethner selbst hat Probleme mit der Akustik einzelner Beiträge. Herr Schneider nahm die Kritik/Beschwerde zur Kenntnis. Er erläutert, dass diese Sitzungsart auf Grundlage der kommunalen Notlagenverordnung vorgesehen und möglich ist, vereinzelte Einschränkungen auf Grund der technischen Bedingungen müssen wohl akzeptiert werden. Herr Rademacher lobte die Arbeit der Kreisverwaltung, persönlich hatte er im Straßenverkehrsamt zu tun, unter den gegenwärtigen Bedingungen. Er äußerte sich positiv zur Möglichkeit der Durchführung einer Hybridsitzung.

Die Wortmeldung von Frau Meyer war auf Grund der schlechten Übertragung nicht hörbar.

Herr Gehm äußerte das Angebot, die Ausschussmitglieder mit einem Headset auszurüsten, um die Verständigung zu verbessern.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 5 Bericht des Kreisbrandmeisters

Der Kreisbrandmeister, Herr Schulz, war vom FKTZ Fürstenwalde zugeschaltet.

Er gab eine kurze Berichterstattung. Ein ausführlicher Arbeitsbericht wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Frau Kaethner konnte auf Grund von Übertragungsmängeln die Berichterstattung nicht verstehen.

Herr Wende fragte nach, wie im letzten Jahr unter den erschwerten Bedingungen die Nachwuchsarbeit erfolgte und ob Unterstützungsbedarf besteht.

Dazu antwortete Herr Schulz, dass natürlich die persönlichen Kontakte und Auftritte der Feuerwehren fehlen. Die Jugendwarte sind über Videokonferenz, Chatroom u.ä. mit den jungen Mitgliedern in Kontakt. Es wurden noch keine Jugendfeuerwehren abgemeldet. Konkrete Zahlen stehen erst mit der Statistik zum Monatsende zur Verfügung. Die Statistik wird bei Vorlage mit dem Bericht dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Frau Teltewskaja bedankte sich für das Engagement und die Unterstützung durch die Feuerwehr (schlecht zu verstehen).

Herr Kaufmann fragte nach, ob die Beseitigung von Öls Spuren in den Aufgabenbereich der freiwilligen Feuerwehren fällt oder ob nicht die Baulastträger dafür verantwortlich sind.

Herr Schulz sieht die Zuständigkeit ebenfalls beim Baulastträger. Problem ist, dass viele Baulastträger diese Arbeiten nicht mehr ausführen können, da das notwendige Personal und Technik bzw. Bereitschaftsdienste fehlen.

Herr D. Schulz fragte nach, wie der Kreisbrandmeister die Entwicklung der Einsatzbereitschaft der Feuerwehren im ländlichen Bereich einschätzt und wieviel Ortsteilfeuerwehren im letzten Jahr geschlossen wurden.

Herr Schulz antwortete, es wurde noch keine Ortswehr geschlossen. Durch Strukturveränderungen im Rahmen der Gefahrenabwehrplanung können Standorte geschlossen werden, um

andere technisch besser ausgestattete Standorte durch die Zusammenführung personell zu stärken. In der Stadt Friedland stehen zur Zeit entsprechende Änderungen an. Auch die Stadt Storkow hat hier Probleme und auch in Fürstenwalde wurden Standorte geschlossen.

Herr D. Schulz warf ein, dass die Stadt Friedland im letzten Jahr 7 Standorte geschlossen hat und fragte nach, ob es bei anderen Aufgabenträgern ähnlich aussieht.

Herr Schulz antwortete, dass es in Storkow auch Veränderungen gab. Es wurden Löschgruppen gebildet. Auch im Bereich des Amtes Odervorland wird es Strukturveränderungen geben.

Herr Rademacher bestätigte, dass auch in Eisenhüttenstadt zwei Wehren zusammengelegt werden, um den Aufgaben der Gefahrenabwehr gerecht zu werden. Die Schließung einer Wehr ist nicht immer nachteilig, wenn durch die Zusammenlegung ein größerer, technisch und personell gut ausgestatteter Standort entsteht.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 6 Grundsatz- und Baubeschluss für den Neubau einer modularen Doppelarztpraxis in Friedland VA: Dezernat III/Amt 65 Vorlage: 001/2021

Herr Fuls gab eine kurze Einleitung zum Vorhaben.

Die vorgestellte Präsentation ist im Ratssystem abrufbar.

Es wird jetzt ein Grundsatz- und Baubeschluss eingereicht, um den zeitlichen Rahmen der Ausführung einzuhalten, auch bei den Planungsbüros kommt es aus aktuellem Anlass zu Verzögerungen bei der laufenden Arbeit.

Herr von Wedemeyer stellte kurz sein Büro TRU Architekten und die beiden anderen beteiligten Büros ZWP Ingenieure und ahw Ingenieure vor.

Danach erfolgten von seiner Seite die Ausführungen anhand der Präsentation.

Den Absatz Energieversorgung erläuterte Herr Fuls ebenso wie die Kostenentwicklung der Baumaßnahme.

Herr Kramer konnte aufgrund technischer Probleme seine Anfrage nicht vorbringen.

Frau Kaethner äußerte sich positiv zur Nachhaltigkeit der Baumaßnahme. Sie fragte nach, ob dieses Projekt als Modell oder Prototyp zur weiteren Nutzung auch in Serie erstellt werden kann.

Dazu antwortete Herr von Wedemeyer. Sicher kann es in abgewandelter Form verschiedentlich nachgenutzt werden, hauptsächlich jedoch als Arztpraxen in unterschiedlichen Größen.

Herr Fuls ergänzte, dass die Flexibilität ein Hauptansatz war, im Rahmen der ländlichen Entwicklung sind andere Anwendungsbereiche sicher möglich.

Frau Kaethner fragte nach, wie die Klimaschutzbeauftragte des LOS in den Baubereich einbezogen wird.

Herr Fuls antwortete dazu, mit der Verpflichtung der BNB –Klassifizierung Silber bei Hochbaumaßnahmen wird schon ein Anteil zum Klimaschutz erbracht. In einem für die Folgewoche vereinbarten gemeinsamen Gespräch mit der Klimaschutzbeauftragten werden Schnittstellen besprochen und die weitere Zusammenarbeit organisiert.

Herr Schneider verlas die von Herrn Kramer eingereichte Nachfrage. Herr Kramer begrüßt die Nachhaltigkeit. Er bat um die Erklärung der Angabe 600 m² BGF.

Herr Fuls erläuterte, dass sich die BGF durch höhere Anforderungen - auch durch Erkenntnisse aus der Corona-Pandemie –an die Technik und die Raumplanung sowie die Überdachung vergrößerte.

Herr Mangelsdorf begrüßte die innovative Energieversorgung. Er fragte nach den Mehrkosten der Wärmepumpenanlage/Photovoltaikanlage/elektronische Steuerung gegenüber einer klassischen Heizungsanlage.

Herr Fuls sicherte zu, diese Angaben nachzureichen.

Herr Hilpmann fragte, aus welchen Holzarten die Außenwände hergestellt werden und wie die Finanzierung (Schlüsselzuweisungen – Finanzmittel des Landkreises) erfolgt.

Herr von Wedemeyer erläuterte, dass die klassischen baukonstruktiven Hölzer Fichte und Kiefer sind, für die Außenbekleidung wird Lärche und Douglasie verwendet, es sollen Hölzer aus zertifizierter Herstellung verwendet werden.

Herr Fuls antwortete, es werden keine Fördermittel beantragt, es werden Investitionsmittel des Landkreises verwendet.

Herr Kahlisch fragte nach, ob die Errichtung einer Arztpraxis ohne finanzielle Beteiligung der Gemeinde eine Pflichtaufgabe des Landkreises ist.

Herr Fuls antwortete dazu. Es ist keine Pflichtaufgabe des Landkreises. In Friedland ist durch die Aufgabe von zwei Arztpraxen die medizinische Versorgung gefährdet. Im Rahmen der ländlichen Entwicklung soll mit entsprechenden Konzepten dem Ärztemangel im ländlichen Raum entgegengewirkt werden, Ärzten soll ein Anreiz zur Niederlassung gegeben werden.

Herr Buhrke ergänzte, dass das Projekt aus den Arbeitsgruppen ländliche Entwicklung entstanden und entwickelt wurde. Mit einbezogen wurden auch Mediziner als zukünftige Nutzer der Räumlichkeiten.

Frau Kaethner bemerkte, dass der Landkreis mit der Kreisumlage finanzielle Mittel von den Kommunen erhält.

Herr Kahlisch erläuterte zu seiner Fragestellung, dass es ihm um die Abgrenzung von Zuständigkeiten und um mögliche Probleme hinsichtlich der Gleichbehandlung von Gemeinden ging.

Frau Kaethner äußerte ihr Interesse zur Teilnahme an der Grundsteinlegung.

Herr Fuls konnte noch keinen Termin benennen.

Zwischenzeitlich hatte sich Herr Wende wegen Wahrnehmung eines anderen Termins aus der Videokonferenz abgemeldet (18.35 Uhr).

Frau Meyer war aus technischen Gründen nicht mehr anwesend (18.35 Uhr).

Frau Meyer schaltete sich wieder zu (18.45 Uhr)

einstimmig zugestimmt

Ja 7 Enthaltung 1

**Zu TOP 7 Naturschutz-Förderrichtlinie für Baum-Naturdenkmale und Alleen VA:
 Dezernat III/Amt 67
 Vorlage: 002/2021**

Herr Gehm gab eine kurze Erläuterung zur Einführung.

Die Förderrichtlinie wurde auf Initiative des Umweltamtes entwickelt. Im Landkreis gibt es vielfältige Naturdenkmale, die ortsbildprägend und auch erhaltenswürdig sind. Basierend auf einer Gesetzesänderung aus dem Jahr 2013 sollen Naturdenkmale zur Erhaltung gepflegt werden. Bis 2013 galt die Rechtsauffassung, wer das Naturdenkmal unter Schutz stellt, ist auch für dessen Verkehrssicherheit verantwortlich. Durch das Land wurde das Brandenburgische Naturschutzausführungsgesetz dahingehend geändert, dass die Eigentümer zur Sicherung der Verkehrspflicht verpflichtet werden. Betroffen sind Städte und Gemeinden, Landkreise und auch Privatpersonen. Mit der Verpflichtung und dem damit verbundenen finanziellen Aufwand verschlechterte sich die Akzeptanz der Naturdenkmale, Verkehrssicherung wurde unterlassen oder nicht fachgerecht ausgeführt.

Abgeleitet von der Förderrichtlinie für Baudenkmale soll mit dieser Förderrichtlinie die Erhaltung und Verkehrssicherung der Naturdenkmale unterstützt werden.

Herr Driebusch, Amtsleiter Umweltamt, ergänzte noch, dass mit der Förderrichtlinie auch soziale Ungleichheiten ausgeglichen werden, Privatpersonen bei größeren Aufwendungen unterstützt werden sollen. Die Förderung gilt nur für Unterhaltungsaufwendungen, die über die normale Unterhaltung hinausgehen.

Frau Kaethner kann dieser Förderrichtlinie nicht zustimmen, sie regte an, die Beschlussfassung zu vertagen. Sie widerspricht der Aussage, dass die Akzeptanz der Naturdenkmale gesunken sei. Es ist Aufgabe der Naturschutzbehörde dafür zu sorgen, dass Informationen gegeben und

Zuwendungen ausgereicht werden für Erhaltungsmaßnahmen.

Herr Schneider wies darauf hin, dass Frau Kaethner einen Antrag auf Vertagung laut Geschäftsordnung stellen kann.

Daraufhin stellte Frau Kaethner einen Antrag auf Vertagung der Abstimmung zur Richtlinie. Im Vorfeld möchte Frau Kaethner einen persönlichen Termin mit der Naturschutzbehörde vereinbaren.

Herr Schneider nahm den Antrag auf Vertagung entgegen.

Herr Mangelsdorf begrüßte die Förderrichtlinie und fragte nach, wie die Gesamtfördersumme ermittelt wurde.

Herr Schneider fragte noch nach, ob es eine maximale Höchstgrenze zur Förderung einer Einzelmaßnahme gibt.

Dazu antwortete Herr Schulze, SG Naturschutz und Landschaftspflege, dass es keine Höchstgrenze gibt. Die zur fördernden Pflegemaßnahmen bewegen sich normalerweise in einem finanziellen Rahmen von 1.500 Euro bis 6.000 Euro. Die Gesamtsumme resultiert aus Erfahrungswerten für den Aufwand in den Vorjahren.

Herr Hilpmann fragte nach, ob es eine Übersicht zu den Baum-Naturdenkmälern im Landkreis gibt.

Herr Schulze antwortete dazu, dass es eine Naturdenkmalverordnung gibt, in deren Anhang die Naturdenkmäler aufgelistet sind. Diese ist auf der Internetseite des Landkreises verfügbar.

Herr Schneider ergänzte, dass in der Beschlussvorlage 76 Baum-Naturdenkmäler und 2 Flächen-Denkmal benannt werden.

Herr Kahlisch fragte ebenfalls nach, wieviel die Förderung einer Maßnahme betragen würde.

Herr Schulze erklärte, dass bei einer Maßnahme der Fördersatz unterschiedlich angesetzt wird in Abhängigkeit von den auszuführenden Arbeiten, bspw. 60 % oder 80 %. Einfache alltägliche Pflegemaßnahmen sind nicht Bestandteil der Förderrichtlinie. Gefördert werden schwerwiegende Erhaltungsmaßnahmen, z.B. Einbau von Kronensicherung mit begleitenden Schnittmaßnahmen. Besonders berücksichtigt werden sollen Privatpersonen, z.B. Rentner auch mit der Bezuschussung von Gutachten.

Frau Kaethner spricht an, dass vielfach in Kommunen einzelne Bäume nicht unter Schutz gestellt werden. Es sollte erst der Erhaltungsaufwand ermittelt und dementsprechend Mittel bereitgestellt werden. Sie kritisiert die Herangehensweise dieser Förderrichtlinie.

Herr Gehm stellte noch einmal klar, dass die Unterschutzstellung von Naturdenkmälern bei Vorliegen der rechtlichen Voraussetzungen erfolgt unabhängig von der Haushaltslage des Landkreises. Mit der Richtlinie soll der Erhaltungsaufwand unterstützt werden, die Erhaltung frühzeitig vorgenommen werden.

Der Antrag auf Vertagung des Beschlusses zur Förderrichtlinie wurde mit 1 zu 7 Stimmen abgelehnt.

Damit erfolgte eine Beschlussfassung zur Förderrichtlinie.

Mehrheitlich zugestimmt

Ja 7 Nein 1

Zu TOP 8 Neufassung der Geschäftsordnung des Kreistages Oder-Spree Vorlage: 042/2020

Hauptsächlich resultiert die Änderung aus der Umstellung auf die papierlose Arbeit sowie redaktionelle Änderungen.

Erläuterungen wurden nicht gewünscht.

Herr Hilpmann fragte nach, wie interessierte Bürger über den Inhalt von Vorlagen informiert werden und sachkundige Bürger Protokolle/Niederschriften einsehen können, wenn sie keinen Zugriff auf das Ratsinformationssystem haben.

Herr Gehm erklärte, für den Zugang der Bürger ändert sich nichts, der Zugriff bleibt erhalten.

Sachkundige Bürger erhalten weiterhin ihre Unterlagen in schriftlicher Form. Es gibt nur eine Erweiterung für Kreistagsabgeordnete, diese können Unterlagen elektronisch einsehen und abrufen. Für die Bürger und die sachkundigen Einwohner gibt es keine Änderung.

Herr Hilpmann erklärte noch einmal, dass Bürger/Gäste zu den sie interessierten Punkten die Vorlagen vor Ort nicht einsehen können und daher auch nicht mehr teilnehmen.

Herr Schneider bemerkte dazu, dass dies eher ein Punkt der Hauptsatzung zum Thema Öffentlichkeitsarbeit ist.

Herr Saliter kritisiert, dass er als sachkundiger Bürger keinen Zugriff auf das Ratsinformationssystem hat, nicht alle Unterlagen werden rechtzeitig per Post bereitgestellt –heute Präsentation zum Ärztehaus Friedland.

Herr Rademacher bekräftigte ebenfalls, dass ihm als sachkundigen Bürger die relevanten zu beratenden Unterlagen zur Verfügung gestellt werden. Hier sollte die Möglichkeit der elektronischen Bereitstellung geprüft werden. Auch eine frühzeitige Bereitstellung von Präsentationen würde die Arbeit erleichtern.

Frau Kaethner plädierte für die Bereitstellung der Unterlagen auch in Papierform, da sie beispielsweise Probleme mit dem Internet hat. Sie sieht bei der derzeitigen Arbeit im Landkreis in großes Defizit bei der Öffentlichkeitsarbeit und der Möglichkeit der demokratischen Mitwirkung. Daher beantragt Frau Kaethner, den § 8 Abs. 2 zu ergänzen, die Unterlagen auch über das Bürgerinformationssystem bereitzustellen. Die Sitzungen sind öffentlich und der Bürger hat damit das Recht, die entsprechenden Unterlagen einzusehen.

Dazu antwortete Herr Gehm. Alle öffentlichen Beschlussvorlagen einschl. Anlagen sind im Bürgerinformationssystem abgelegt und damit für jeden Bürger zugänglich. Die Öffentlichkeit wird ebenso über die öffentliche Bekanntmachung der Tagesordnung gegeben. Es werden zu den Sitzungen nicht die Beschlussvorlagen in ausgedruckter Form bereitgestellt, es bestand auch bisher kein Bedarf, bis auf eine Nachfrage. Auf Wunsch könnten auch im Einzelfall Unterlagen an Interessierte über das Kreistagsbüro vermittelt werden.

Bei den Rechten der Abgeordneten und der sachkundigen Bürger gibt es Unterschiede.

Die sachkundigen Bürger können sich wie bisher über das Bürgerinformationssystem über die öffentlichen Beschlussunterlagen informieren, können auch das WLAN im Hause nutzen, sie bekommen jedoch keine Technik durch die Kreisverwaltung gestellt. Es wird auch versucht, die Präsentationen über das Ratsinformationssystem und auch über das Bürgerinformationssystem bereitzustellen, wobei auf Rechte Dritter geachtet werden muss. Abgeordnete können auch an den Beschlussvorlagen zusammenarbeiten. Im Ratsinformationssystem sind auch Unterlagen für nichtöffentliche Teile hinterlegt, die nicht für alle einsehbar sein dürfen. Für sachkundige Bürger hier differenzierte Rechte zur Einsichtnahme einzurichten, wäre technisch ungeheuer aufwendig und wird daher nicht praktiziert. Herr Gehm sicherte zu, dass die Beschlussvorlagen weiterhin versandt werden.

Herr Schulz warf ein, dass er zwischenzeitlich das Bürgerinformationssystem gesucht, aber auf der Seite des LOS nicht gefunden hat, vielleicht sollte eine andere Gestaltung der Kreisseite die Suche erleichtern. Er begrüßt auch die papierlose Arbeit.

Herr Schneider informierte, wie das Bürgerinformationssystem gefunden werden kann.

Herr Schneider wies darauf hin, dass es sich bei der Geschäftsordnung um ein Instrument zur Regelung von Verfahren im Kreistag handelt und nicht die Öffentlichkeitsarbeit der Kreisverwaltung betrifft. Formell betrifft der Antrag von Frau Kaethner auch nicht die Geschäftsordnung, da der Antrag auch die Gestaltung der Öffentlichkeitsarbeit betrifft.

Herr Hilpmann plädierte dafür, den sachkundigen Bürgern für ihren Ausschuss auch weiterhin die Unterlagen zuzuschicken.

Herr Schneider erklärte, dass die sachkundigen Bürger die Einladungen und die zu beratenden Unterlagen wie die Abgeordneten zugesandt bekommen. Er betonte, dass mit der Geschäftsordnung auch nur Verfahren geregelt werden können, die technisch mit den vorhandenen Systemen auch ausführbar sind.

Herr Rademacher regte an, dass beim Versand von Unterlagen per Mail auch ein Link gesendet werden könnte. Er hat nachträglich die Unterlagen auf dem Bürgerinformationssystem gefunden und empfindet es als ausreichend.

Frau Kaethner möchte keinen Unterschied zwischen Abgeordneten und Bürger haben, beide sollen gleich informiert sein.
Sie zog den Antrag auf Änderung im § 8 zurück und in diesem Zusammenhang kritisierte sie die Herangehensweise von Herrn Gehm und Herrn Schneider.

Mehrheitlich zugestimmt

Ja 7 Nein 1

Zu TOP 9 Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung des Kreistages Oder-Spree
"Rederecht der Abgeordneten zum Rechenschaftsbericht des Landrates"
Vorlage: 10/AFD/2020

Eine Erläuterung zu diesem Antrag gab es nicht.
Es gab auch keine Nachfragen oder Einwendungen.

Mehrheitlich abgelehnt

Ja 1 Nein 5 Enthaltung 2

Zu TOP 10 Ergänzung der Geschäftsordnung des Kreistags
Vorlage: 12/BVB/Fr Wähler/20

Herr Hilpmann erläuterte, dass bei Bedarf die Möglichkeit zu Nachfragen in der Sitzung bestehen sollte.

Frau Kaethner unterstützt den Antrag.

Herr Dr. Mernitz sieht keine Notwendigkeit dieses Antrages, da das Fragerecht, mündlich und auch schriftlich, besteht.

Herr Hilpmann erläuterte, dass mit der Einstellung dieses Fragerechts auch eine zeitliche Einordnung im Ablauf erfolgt. Aufgrund von Zeitknappheit wird auf die schriftliche Einreichung von Anfragen verwiesen, Diskussionen erfolgen nicht mehr.

Mehrheitlich abgelehnt

Ja 2 Nein 6

Zu TOP 11 Vorbereitung der nächsten Sitzung

Herr Fuls würde zum Sachstand der Bauprojekte berichten sowie konzeptionelle Vorüberlegungen für den Schulcampus Fürstenwalde vorstellen.

Herr Mangelsdorf regte an, dass zur besseren Verständigung die Vortragenden anwesend sein sollten. Er bat um aktuelle Information zum Sachstand der Tesla-Ansiedlung.

Frau Kaethner regte an, den Polizeipräsidenten des Landes Brandenburg einzuladen, um sich vorzustellen und um ihn zur Gestaltung seiner Arbeit zu befragen auch hinsichtlich von aggressiven Auftritten von Berliner Polizisten, wie sie sie bei Veranstaltungen erlebte und die sie als „Berliner Prügelpolizei“ bezeichnete.

Herr Schulz begrüßt die Durchführung von Videositzungen und rät zur Nutzung von Headsets zur besseren Verständigung.

Die Äußerungen von Frau Kaethner zur Bezeichnung der Brandenburger Polizei als Prügelpolizei sollte in das Protokoll aufgenommen werden.

Frau Kaethner erläuterte, sie möchte den Polizeipräsidenten zur Gestaltung der Polizeiarbeit befragen, besonders im Hinblick auf die Berliner Polizei, die sie als „Prügelpolizei“ erlebte.

zur Kenntnis genommen

Achim Schneider
Vorsitzender des
Ausschusses für Bauen,
Ordnung und Umwelt

Carina Kuhnert Andrea
Wickfelder
Schriftführerin